

Ohne Wahl gibt es auch keine Mitbestimmung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Ausgabe des POLIZEISPIEGELS haben wir bereits einige Kandidat(inn)en vorgestellt, welche sich entschieden haben, für die anstehenden Wahlen der verschiedenen Personalräte innerhalb der Thüringer Polizei zu kandidieren. Dies selbstverständlich auf den Listen der DPoIG.

Dabei konnten wir leider aus Platzgründen nicht alle Kolleginnen und Kollegen vorstellen, welche bereit sind, sich in den Personalräten aktiv für die Interessen aller stark zu machen. Dabei ist es ja ein gutes Zeichen, dass sich viele eben nicht darauf verlassen, dass es die anderen schon richten werden, sondern selbst auch aktiv werden möchten. Nun möchten wir nicht wieder eine ganze Ausgabe darauf verwenden, unsere Kandidatinnen und Kandidaten vorzustellen. So haben wir uns entschieden, nur eine kleine Auswahl, teilweise auch nur im Bild zu präsentieren. So manches Mal genügt ja auch nur ein kurzer Blick, und man weiß, wer sich hinter dem Namen auf der Liste verbirgt.

Aktive Teilnahme an den Wahlen stärkt die Mitbestimmung

Wenn Sie diese Ausgabe des POLIZEISPIEGELS in den Händen halten, sind es nur noch einige Tage bis zu den Personalrats-

wahlen. Auch wenn es die jüngeren Kolleg(inn)en gar nicht anders kennen, so war es doch lange keine Selbstverständlichkeit, dass es Mitbestimmung durch Personalräte bei der Polizei gibt. Gerade deshalb ist es besonders wichtig, durch die Teilnahme an den Personalratswahlen ein Zeichen zu setzen und zu signalisieren, dass Ihnen die Mitbestimmung nicht egal ist.

Finden Sie die Zeit und geben Sie Ihre Stimme ab. Es ist nur eine kleine Mühe, aber eine rege Teilnahme zeigt auch dem Dienstherrn, dass Sie nicht gewillt sind, jede Entscheidung ohne zu murren hinzunehmen, sondern aktiv in die Gestaltung der Dienstabläufe einbezogen werden möchten.

Zeigen Sie Stärke und lassen Sie die Chance zur Wahl der Personalvertretungen nicht ungenutzt verstreichen. Schließlich geht es um Ihre Interessen, und der Dienst bestimmt ja auch einen großen Teil Ihres Lebens. Das kann niemandem wirklich gleichgültig sein.

Und wenn Sie abstimmen, dann wäre es natürlich auch folgerichtig, dass Sie unsere Kolleginnen und Kollegen mit Ihrer Stimme unterstützen.

Herzlichst,
Ihr Roland Spitzer

Uwe Schmoock, LPI Suhl

Es muss endlich auch im mittleren Dienst entsprechend der Einstufung gezahlt werden

Kollege Uwe Schmoock ist seit 1982 im Polizeidienst tätig und kann somit auf langjährige Erfahrungen in der Polizeiarbeit



Uwe Schmoock

zurückgreifen. Gegenwärtig ist er im Inspektionsdienst der LPI Suhl tätig.

Bereits in der Vergangenheit engagierte sich Uwe Schmoock in der Personalratsarbeit und war Mitglied im ÖPR der PD Suhl. Während dieser Zeit konnten zahlreiche Verbesserungen im sozialen Umfeld sowie bei den Arbeitsbedingungen erreicht werden. Darüber hinaus engagiert sich Kollege Schmoock ehrenamtlich als

stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG Thüringen e. V. für die Interessen aller Kolleg(inn)en.

Im Fall seiner Wahl möchte Kollege Schmoock durch sein persönliches Engagement die Beamten und Tarifbeschäftigten auch weiterhin in ihrer beruflichen Entwicklung sowie bei Bewerbungen und in vielen anderen beruflichen Belangen unterstützen.

Regelbeförderung nach festgeschriebenen Laufzeiten

Ebenso wird sich Kollege Schmoock für eine Regelbeförderung nach bestimmten Laufzeiten einsetzen. Dies sowohl im mittleren, als auch im gehobenen Dienst.

Besonders am Herzen liegt Uwe Schmoock die Bezahlung auch im mittleren Dienst ent-

sprechend der Einstufung. So kann es nicht angehen, dass Kolleg(inn)en zwar auf Planstellen in der A 9 eingesetzt werden, jedoch nur nach A 8 bezahlt werden. Und das auch nach über 35 Jahren Dienstzeit.

Das es anders gehen kann, zeigt sich in anderen Gehaltsgruppen. Hier wird doch nach kurzer Zeit nach dem eingewiesenen Amt befördert. Beispielsweise erhält ein PHK A 11 den Posten nach A 12 binnen zwei Jahren oder er ist eher in der A 12.

Als Personalratsmitglied wird sich Kollege Schmoock aber auch dafür einsetzen, dass eine Dienstpostenbesetzung erst nach Durchlauf einer Probezeit für alle Bewerber erfolgt, und nicht eine Auswahl nach Beurteilung getroffen wird.

Uwe Schmoock kandidiert für den ÖPR und den HPR.

Impressum:

Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

Kandidaten für den ÖPR der Bereitschaftspolizei im Bild

Insgesamt neun Kolleginnen und Kollegen werden als Beamte oder Arbeitnehmer für den ÖPR der BPTH kandidieren. Einige möchten wir hier kurz im Bild vorstellen.



> Peter Weißenborn



> Jens Gräfe



> Marcus Latzik



> Bianka Senf



> Daniel Deurling



> Tino Göttermann

> Während der Podiumsdiskussion gab es eine rege Beteiligung der anwesenden Lehrer.



© Roland Spitzer

Tabuthema Gewalt gegen Lehrer

Gewalt an Thüringer Schulen ist längst zum Alltag geworden

Erfurt (RS) – Bereits im Vorfeld der Veranstaltung gab es Schlagzeilen in den regionalen Medien zum Thema Gewalt an Schulen. Ein Thema, das wohl jeder aus Erzählungen im Bekannten- oder Verwandtenkreis kennt, welches jedoch in der Öffentlichkeit eher als Tabuthema gerne verschwiegen wird.

Doch Schweigen und wegsehen sind nun einmal keine

bewährten Mittel, um anstehende Probleme zu lösen. Vielmehr ist es so, dass sie sich im Verborgenen ausweiten, bis sie zu einem nicht, oder nur noch schwer beherrschbaren Problem werden. Damit es jedoch nicht soweit kommt, hat der thüringer Lehrerverband (tlv) gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Veranstaltung unter dem Thema „Tabuthema Gewalt gegen Lehrer – Was passiert in unse-

ren Schulen? Was ist zu tun?“ eingeladen.

Und da man nicht nur unter sich sein, sondern auch Impulse und Meinungen aus anderen Perspektiven aufnehmen wollte, war die Liste der Gäste so gestaltet, dass Erfahrungen aus anderen Schulprojekten, psychologische Aspekte, aber auch Sichtweisen aus der Polizeiarbeit einbezogen werden konnten. Nicht zuletzt hat man

sich mit Steffen Quasebarth einen erfahrenen Moderator gewählt, welcher souverän durch die Veranstaltung führte.

Dass dieses Thema nicht nur eine Randerscheinung ist, zeigte auch die Anzahl der Besucher, welche aus ganz Thüringen anreisten, um sich zu informieren und persönliche Erfahrungen auszutauschen. Natürlich waren es fast alles

> Jürgen Hoffmann skizziert die Erfahrungen der Polizei zum Thema



Lehrer sind an unserer Schule ebenfalls immer häufiger mit gewalttätigen Schülern konfrontiert. Gewaltausbrüche bereits von Erstklässlern sind keine Seltenheit.“

Lehrer(innen), welche sich im sonnendurchfluteten comcenter in Erfurt versammelten. Schließlich sind sie beim Thema Gewalt gegen Lehrer auch die in erster Linie Betroffenen. Wobei es sicherlich auch wünschenswert gewesen wäre, wenn Elternvertreter sich einmal intensiver mit dieser Problematik auseinandergesetzt hätten. Denn, dass es nicht mehr nur ein Randproblem ist, zeigten die gewaltbezogenen Äußerungen von Schülern, welche an verschiedenen Tafeln angeheftet waren.

➤ **Gewaltbereitschaft der Schüler ist in den vergangenen Jahren zunehmend gestiegen**

Spricht man von Gewaltbereitschaft der Schüler, so darf auch nicht verschwiegen werden, dass diese sich sowohl gegen Lehrer, als auch gegen Mitschüler richtet. Hier möchten wir einmal die Worte einer Direktorin einer Thüringer Grundschule wiedergeben, welche jedoch nicht namentlich erwähnt werden möchte.

Auf die Frage, wie ihre Einschätzung ist, bekommen wir folgende Antwort: „Die Gewalt an Grundschulen nimmt immer mehr zu. Verbale Attacken gegen Lehrer aber auch Schüler finden täglich, wenn nicht sogar stündlich statt.

Physische Gewalt gegen Mitschüler hat ebenso stark zugenommen. Das nicht nur in den Pausen.

Worte, welche nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zum Handeln anregen sollten, denn Gewalt an Schulen ist längst keine Randerscheinung mehr, sondern ein Problem, welches sich stetig ausweitet.

Dies bestätigt auch eine vom tlv durchgeführte Umfrage, welche zwar nicht repräsentativ ist, jedoch erkennen lässt, dass auch zunehmend Lehrer(innen) von Gewalt durch Schüler betroffen sind.

Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Umfrage verwies der tlv Landesvorsitzende Rolf Busch darauf, dass bereits 2016 eine solche durchgeführt wurde. Während damals 100 Personen mindestens eine Frage beantworteten, hat sich die Anzahl in diesem Jahr mit 348 antwortenden Lehrer(inne)n mehr als verdreifacht. Dabei kann man nach den Worten von Busch davon aus-

gehen, dass sich viele Kolleg(inn)en gar nicht trauen zugeben, dass sie selbst Opfer von Gewalt durch Schüler wurden. Dennoch dieser Anstieg bei den Antworten innerhalb von nur zwei Jahren. Sind die Lehrer mutiger geworden oder hat sich das Problem verschärft. Sicher liegt niemand falsch, wenn von einer Verschärfung des Gewaltproblems ausgegangen wird.

➤ **Gewalt ist kein spezifisch Thüringer Problem**

Auch wenn die Umfrage des tlv nicht repräsentativ war, so liegen die Ergebnisse wohl sehr nahe an den tatsächlichen Gegebenheiten. So gab es 2016 eine repräsen-



tative forsa-Umfrage in allen Bundesländern, welche zu nahezu gleichen Umfrageergebnissen kam. Und Thüringen ist da kein Ausreißer – vielmehr sind alle Bundesländer betroffen, sodass von einem gesamtgesellschaftlichen Problem gesprochen werden muss.

Doch zurück zu Thüringen. Auf die Frage, ob sie selbst in den vergangenen 18 Monaten Opfer psychischer Gewalt wurden, antworteten 34 Prozent mit „ja“. 56 Prozent der Befragten erklärten, dass sie in diesem Zeitraum miterlebten, wie Kolleg(inn)en Opfer von Gewalt wurden.

Sieht man sich dann an, wie die persönliche Einschätzung aussieht, so gaben 65 Prozent an, sie haben den Eindruck, dass Gewalt gegen Lehrer zunimmt. Bei solch einer Entwicklung wäre zu erwarten, dass die Politik hier massiv gegensteuert, um zunehmender Gewalt Einhalt zu gebieten. Doch verinnerlicht man die Antworten auf die Frage, ob sich in der Vergangenheit etwas geändert hat, so beantworteten 82 Prozent diese Frage mit „nein“. Nun wollen wir nicht weiter mit Zahlen aufwarten, denn wer mehr erfahren möchte, kann dies auf der Webseite des tlv unter tlv.de tun.

Auch wenn im Rahmen der Vorträge auch schulpsychologische Aspekte angesprochen wurden, so möchten wir uns im Folgenden eher darauf konzentrieren, wie wohl die Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei zur Problemlösung gestaltet werden kann. Dies auch, da schulpsychologische Projekte eher langfristig angelegt werden müssen. Langfristig bedeutet jedoch auch, dass die Lehrer(innen), welche in solche eingebunden werden, die zusätzliche Zeit aufbringen und auch ebenso

langfristig im Schuldienst sein müssen.

Spätestens hier erkennt man Parallelen zu den Erfahrungen, welche wir aus der Polizeiarbeit her kennen. Lehrer arbeiten, wie auch viele Polizisten, an ihrer Leistungsgrenze. Hinzu kommt, dass auch unter Lehrern die Überalterung um sich greift. Treffender als der Direktor einer Regelschule aus Königsee kann man es wohl nicht zum Ausdruck bringen. Bei einem Durchschnittsalter von 57 Jahren an seiner Schule wird es schwierig, solch langfristige Projekte überhaupt zu realisieren.

Bei diesem Durchschnittsalter fallen Parallelen zur Diskussion zum Durchschnittsalter der Streifenwagenbesatzungen auf, welche unlängst geführt wurden. Offensichtlich erwartet die Politik, dass die „Alten“ retten, was in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten an Nachwuchsausbildung vernachlässigt wurde.

► **Polizei kann nur unterstützen und präventiv tätig sein**

In seinen Ausführungen zum Thema Gewalt gegen Lehrer, aber auch unter Mitschülern, betonte der DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Hoffmann, dass von den Kolleg(inn)en nicht erwartet werden kann, dieses Problem zu lösen. Sollte es sich um Straftatbestände handeln, so wird die Polizei auch angemessen reagieren und entsprechend den gesetzlichen Vorschriften handeln. Es bleibt jedoch zu bezweifeln, ob damit auch das Gewaltproblem gelöst wird.

Wesentlich wichtiger ist es nach Hoffmanns Worten jedoch, bereits im Vorfeld präventiv tätig zu werden, sodass Gewalt erst gar nicht eskaliert und bei Konflikten Lösungswege

beschritten werden, welche weit unterhalb bislang bekannter Eskalationsstufen liegen.

Hierzu gibt es zahlreiche Angebote der Polizei, und die Kollegen sind gerne bereit, im Rahmen von Projekten die Lehrer zu unterstützen. Das ist ein bereits stattfindender und sich kontinuierlich fortsetzender Prozess. Am besten hat es wohl auch die eingangs erwähnte Direktorin einer Thüringer Grundschule zum Ausdruck gebracht:

„Wir bekommen starke Unterstützung von unserem Kontaktbereichsbeamten, dem ich auf diesem Weg auch ganz herzlich danke für die Teilnahme an unserer Dienstberatung und den Präventionsmaßnahmen im Unterricht.“

Das ist ein guter Weg, der auch zukünftig weiter gegangen werden muss.

► **Politik lässt Lehrer wie Polizei meist im Regen stehen**

Gewalt ist kein Phänomen, welches nur punktuell auftritt. Gewalt gegen Lehrer und Polizisten hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Doch statt hier gegenzusteuern, hört man von der Politik meist nur Lippenbekenntnisse, welche eher zur eigenen Beruhigung und Profilierung beitragen sollen. Im besten Fall, gibt es einmal ein Präventionspro-

jekt, welches zeitlich eng begrenzt und nur eine Insellösung ist. Zwar wird dieses dann medial heftigst beworben. Dies besonders gern vor Wahlen, aber es dauert nicht lange, und das Projekt wird beendet und weitere können mit dem Argument des Geldmangels nicht neu initiiert werden.

Es wird überhaupt nicht realisiert, dass Gewalt ihre Ursachen auch, oder besser gesagt vor allem in der Entwicklung der Gesellschaft hat. Einer Gesellschaft, deren Rahmenbedingungen wesentlich durch die Politik mitbestimmt werden. Rahmenbedingungen, welche nicht nur an gute Reden und Versprechungen, sondern in erster Linie an konkretes Handeln gebunden sind. Ein Handeln, welches voraussetzt, dass auch genügend Menschen vorhanden sind, welche die anstehenden Aufgaben lösen können. Ein „weiter so“ zulasten der Menschen, welche tagtäglich mit den Problemen konfrontiert werden, und diese nicht nur einmal nebenbei in der Landtagskantine hören, kann und darf es nicht geben.

Dies gilt gleichermaßen für die Lehrer als auch für die Polizei. Wer sich ernsthaft um die Zukunft unserer Kinder sorgt, der sollte sofort handeln, damit diese Sorgen unbegründet bleiben!

Roland Spitzer

